

Volksblatt

Nummer 17

Dienstag, den 18. Januar

Jahrgang 1927

Kreisblatt des Stadtbezirks Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Kremer und dem
Kreisrat Bocholt.

Sechsteilen:
Bocholt, Koblitz, G.
Jernitz 92 und 97.
Höhe: J. Heinrichs.
Holt: W. Wolling.
Berth: Th. Varrac.
Verlagssort:
Dortmund 1.

Die Sondierungen des Reichskanzlers Dr. Marx.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 17. Januar. (Dr. Marx)

Dem am Sonntag abend angenommenen Auftrag des Reichspräsidenten entsprechend, hat Reichskanzler Dr. Marx heute seine Sondierungen begonnen. Die haben den Zweck, festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte möglich ist. Den Auftrag zur Kabinettbildung selbst hat Marx, wie berichtet werden muß, nicht bekommen. Der Reichspräsident will offenbar vor einer solchen Entscheidung zunächst das Ergebnis der Verhandlungen des geschäftsführenden Kanzlers und Führers der Zentrumspartei abwarten.

Zu Erleuchtung seiner Mission empfing Dr. Marx am Montag nachmittag um 4 Uhr den Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, um 5 Uhr die Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Dr. Koch und (Erkel), und im Anschluß hieran den Führer der Sozialdemokraten, Hermann Müller-Franken. Über den Inhalt der Unterredungen verläuft vorläufig noch wenig. Man hört allerdings, daß Dr. Marx auf die Frage des Abg. Müller-Franken, ob die Parteien, die eine Minderheitsregierung bilden wollen, auf eine ausschließliche Unterstützung von links eingehen bereit seien, erwidert hat, daß das Zentrum dazu bereit sei, daß es aber noch nicht wisse, wie die Deutsche Volkspartei zu dieser Frage stehe. Aus dem, was man sonst noch im Reichstag hört, kann man entnehmen, daß die Sozialdemokraten ihre Haltung nach der Einstellung der Deutschen Volkspartei zu orientieren versuchen, während die Deutsche Volkspartei auch für sich die Seile ziehen zu lassen sucht. „Dannemann, geh du voran!“ Der Vorstand ihrer Fraktion hat heute mittag eine Sitzung abgehalten, in der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über seine Verhandlungen zur Herbeiführung einer Regierungskoalition berichtete. Der Vorstand sprach Dr. Curtius einmütig Dank und Anerkennung für seine Bemühungen aus und billigte die von ihm unternommenen Schritte. Er bedauerte, daß diese Verhandlungen vorzeitig zum Scheitern gebracht worden seien, und daß in der Zwischenzeit die Reichsregierung des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx von erneuten Versuchen zur Lage ab. Die Volkspartei will ihre Haltung davon abhängig machen, welche Bedingungen die Sozialdemokraten für eine Unterstützung eines Kabinetts der Mitte stellen. Sie hat aber, wie das VDB-Büro hört, ein Kabinett der Großen Koalition mit Einschluß der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Sozialdemokraten wollen nun zu der Frage Stellung nehmen, ob sie nach Ablehnung der Großen Koalition überhaupt ein Kabinett der Mitte unterstützen werden. Sie werden also erst später die Bedingungen nennen, unter denen eventuell eine solche Unterstützung für sie in Frage kommt. Die sozialdemokratische Fraktion hat für Dienstag nachmittag eine Sitzung des Fraktionsvorsitzenden vorgesehen und die Fraktion selbst auf Mittwoch um 12 Uhr einberufen. In demokratischen Kreisen werden heute die Aussichten für ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung verhältnismäßig günstig beurteilt. Ob dieser Optimismus berechtigt ist, wird sich morgen oder spätestens übermorgen erweisen müssen.

Die Lage ist also noch durchaus unklar, und es bleibt abzuwarten, ob die Besprechungen, die Dr. Marx für Dienstag früh 11 Uhr mit den Führern der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten, und dann später nochmals mit Dr. Schulz in Aussicht genommen hat, ein greifbares Resultat zeitigen werden. In den Besprechungen mit den Führern der beiden großen Minderparteien wird Dr. Marx feststellen suchen, wie sie sich zu einem Kabinett der Mitte stellen. Nach der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß Graf Westarp die Forderung eines Kabinetts der Mitte ablehnen wird. Auf der anderen Seite wird Dr. Marx den Führer der Sozialdemokraten, den Abg. Müller, um Bestätigung seiner Bedingungen für die Unterstützung eines Kabinetts der Mitte bitten. Von dieser Antwort werden die weitere Schritte Dr. Marx abhängen. Man muß der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie zu irgendeinem Ergebnis führen werden. Denn die Stimmung im Lande verdichtet sich ohne Zweifel fortgesetzt in der Richtung, daß es die unbedingte Pflicht der Parteien ist, nach dem fünfjährigen Intermezzo, an dessen Herausbekehrung besonders die Sozialdemokraten und die Deutschen Nationalen ein gerüttelt Maß von Schuld tragen, endlich einmal wieder dem deutschen Volke eine ordnungsmäßige Regierung zu schaffen. Man braucht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durchaus nicht immer beizupflichten, aber am Montagabend trifft sie den Nagel auf den Kopf mit einer Kritik, die festgehalten zu werden verdient:

„Eine Stunde vor Mitternacht des Tages, der die Abgeordneten in die Reichshausen bringen soll, sitzen sie das Kabinett, wachen dann ihre Ältern zusammen und eilen zum Reichstag, ohne sich die geringsten Gedanken darüber zu machen, was nun werden soll. Noch heute, fünf Wochen nach dem Sturz der Regierung, ist nur ein Bruchteil der Reichstagsmitglieder in Berlin. Immerhin halten sich wenigstens die Führer hier auf. Das sind Dinge, die das Ausland einfach nicht begreift, und es ist fast kein Wunder, daß die von der Pariser Chauvinistischen Presse in ihrem Kampf gegen Brand ausgegebenen Strohfiguren auch in den anderen Ländern einen

Frankreichs militärische Stoßkraft.

Die Ausbildung vor der Dienstzeit.

Paris, 17. Jan. In der Sorbonne sprach Kriegsminister Painlevé anlässlich einer Feier der Nationalen Gesellschaft für körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung in Anwesenheit des Präsidenten Doumergue, des Ministerpräsidenten Poincaré und des Präsidenten der Kammer und des Senats über die Organisation der nationalen Verteidigung. Painlevé führte u. a. aus:

Wenn Frankreich eines Tages ein Krieg auszuweisen würde, werde er nicht vor einer aktiven, durch Reservisten vermehrten Armee geführt, sondern von der Masse der mobilisierten Reservisten, die eine wahre Stoßarmee sein werde. Diese Organisation deht auf eine große Zahl von Jahren die Periode aus, während welcher der Bürger bereit sein muß, die Pflicht des Soldaten zu erfüllen. Dagegen steht die Dienstzeit unter den Bedingungen auf ein Minimum herab. All dies wäre nicht möglich, wenn dem Militärdienst nicht eine längere körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung vorausginge. Die Erziehung muß schon in der Kindheit beginnen, während die militärische Vorbereitung etwa zwei Jahre vor der Einziehung einfließen muß. (Man wird sich in diesem Zusammenhang vielleicht an das Beispiel erinnern dürfen, das die französische Heeresverwaltung den deutschen Wandervogel, die Sport- und die Touristengesellschaften usw. bei jeder Gelegenheit anführt). Der Kriegsminister sprach dann über die Gesetzesprojekte für die Heeresorganisation, die die notwendigen Bedingungen dafür enthalten, daß die Bereitschaft auf ein Jahr verkürzt werden könnte, ohne daß die nationale Verteidigung in irgend einem Augenblick gefährdet sei.

Die französischen Sozialisten über die Reorganisation der Armee.

Paris, 16. Jan. Die sozialistische Kammergruppe hat einen Gesetzesvorschlag über die Reorganisation der nationalen Verteidigungskräfte eingebracht, der eine Herabsetzung der Zahl der Rekruten auf 170.000 Mann vorsieht. Die Militärvorbereitung soll bis zum 21. Lebensjahr reichen. Dem Militärdienst soll eine körperliche Erziehung in der Schule und eine militärische Vorbereitung vorausgehen. Ferner ist eine Befreiung der Zwangsansetzung von Eingeborenen vorgesehen.

Entschlüsse der französischen Frontkämpfer.

Paris, 17. Jan. In Paris fand am Sonntag der Kongreß der Nationalen Frontkämpfervereinigungen statt, an dem etwa 600 Mitglieder teilnahmen. Fast einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der besagt: Die ehemaligen Frontkämpfer sind vor allem auf die Befreiung der französischen Nation, die Befreiung der Welt und die Sicherung der Weltfriedens zu hinarbeiten. Sie wünschen, daß mit Deutschland normal Beziehungen aufgenommen werden. Eine deutsch-französische Verständigung ist und bleibt der Angelpunkt aller europäischen Beziehungen. Aber gerade ihre Friedensliebe verpflichtet sie zu folgenden Erklärungen: Solange in Deutschland die Abstützung der Geister nicht durch die Durchführung eingetragener Verpflichtungen eine bewiesene Tatsache ist, kann Frankreich nicht auf die materiellen Friedensgarantien aus dem Versailler Vertrag verzichten. Es kann nicht zugeben, daß der Versailler Vertrag seine Garantien das Land für eine vorzeitige politische Annäherung ist. Eine zweite Entschließung spricht sich gegen die Ratifizierung der Schulden-

gewissen Anfang gefunden haben, die von absichtlichen Verschleppungsmanövern der deutschen auswärtigen Politik und der Frage der Westpunkte sprechen, die Deutschland wieder einmal heimliche und hinterhältige Vorwürfe, da es die Erleichterung dieser Punkte, auch durch die Befreiung der Regierungskräfte, angeblich verzögert. Selbstverständlich ist an diesen Behauptungen kein einziger Wahrheitskorn. Eine solche Politik würde auch im eifrigsten Maße gegen unser Interesse verstoßen, da wir nicht den geringsten Anlaß haben, den Völkern und dem Staat des Krieges zu danken, und der Organisation des Friedens mit aller Liebe auszusprechen; die Verantwortung dafür tragen vor allem die deutschen Parteien.

Es ist in der Tat befremdend, daß deutsche Parteien, die sonst das Heil des deutschen Volkes von dem Wohlwollen des Auslandes getragen sehen wollen, in dieser Hinsicht in fast strupfloser Weise eine Saumseilerei an den Tag legen, die jedes Verantwortungsgefühls beraubt. Freilich sind Reben, wie die der Abgeordneten Gering und Graf Westarp gehalten haben, taktisch ebenso wenig zweckmäßig, wie die unglückseligen Entschlüsse des Scheidemann am Tage vor dem Sturz des Kabinetts Marx. Von deutschnationaler Seite bemüht man sich allerdings, glauben zu machen, daß die Rede Westarps an der gestern hier wiedergegebenen Stelle anders geklungen habe, als sie der „Berliner Lokalanzeiger“ verbreitet hat. Wie einer Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle zu entnehmen ist, soll Graf Westarp hinsichtlich der nationalen Ziele der inneren und äußeren Politik zwischen augenblicklichen Staatsnotwendigkeiten einerseits und den letzten Grundsätzen und den ferneren Zukunftsziele der Partei andererseits unterschieden haben. Hin-

abkommen von Washington und London aus und verlangt, daß die Regelung aller interalliierten Schulden neu aufgeworfen werde.

Eine Schmäherei gegen Briand's Außenpolitik.

Paris, 17. Jan. In St. Quentin hielt gestern die Republikanische Föderation Frankreichs eine Versammlung ab, in der das Mitglied des Exekutivkomitees der Partei, der Deputy Desjardins, eine heftige Rede gegen die Außenpolitik Briand's hielt. Die finanzielle Schwundung und die Opfer der französischen Steuerzahler, so erklärte Desjardins, würden nicht nützen, wenn Briand ohne Kontrolle seine Außenpolitik weiterhin ausübe, die Frankreich unerschöpflich zur Aufgabe aller Siegesfrüchte und zur Gefährdung seiner Sicherheit führen würde. Die Politik gegenüber Deutschland auf Vertrauen, Loyalität oder auch nur auf den guten Willen Deutschlands aufzubauen, heiße, sich mit eiteln Hoffnungen schmücken. Briand beweise mit seiner heillosen Vorbereitung der Rheinlandräumung, daß er aus dem Kriege nichts gelernt habe und man zu ihm kein Vertrauen haben könne.

Die Räumungsfrage.

Paris, 18. Jan. Die Diskussion über die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung nimmt in der französischen Presse ihren Fortgang. Im „Echo de Paris“ schreibt heute der republikanische Union angehörende Pariser Deputy und Vorsitzende der nationalen Frontkämpfervereinigungen, Gohy, daß die Räumungsfrage noch gar nicht begonnen hätte. Unter den günstigsten Bedingungen werde von der Räumung erst am 1. April 1927 herum die Rede sein können. Demgegenüber bezeichnet der „Quotidien“ die Räumung des Rheinlandes als die notwendige Bedingung für die Wiederherstellung der nationalen Interessen. Im nationalen Interesse müsse man die Zurückziehung der französischen Truppen beschleunigen und die Rheinlandräumung vorantreiben. Auch das „Oeuvre“ setzt sich für die Rheinlandräumung ein, ohne die eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich sei.

Das Versailler Militärkomitee und die deutschen Westpunktansprüche.

Paris, 17. Jan. Das Versailler Militärkomitee hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wurde: Das Komitee tagte heute nachmittag von 2.30 bis 5.30 Uhr. Es fand ein Meinungsaustausch über die von den deutschen Delegierten am 14. Januar übergebenen Noten statt. Das Komitee beschloß, die mündlichen Verhandlungen mit General Pawels und Legationsrat Porlier fortzusetzen. Die deutschen Vorschläge haben das Komitee nicht völlig befriedigt, das eine Abänderung der Vorschläge verlangt wird. Die Verbindung zwischen dem Komitee und den deutschen Delegierten wird General Verratier ausreicht erhalten. Die deutschen Unterhändler wurden heute nicht gehört. Die Mitglieder des Komitees werden Sonderbesprechungen mit den Deutschen fortsetzen. Diese erstrecken sich zur Zeit besonders auf die Rechtsbasis der Versailler Verträge und weniger auf einzelne Punkte der Befestigungsanlagen. Die heutige Sitzung zeitigte keine erhellenden Ergebnisse, aber es ist weder von einem Abbruch, noch von einem Stillstand der Verhandlungen die Rede.

stlich der letzteren wies er auf das Parteiprogramm und auf dasjenige hin, was auf dem Parteitag in Köln und selbst wiederum wiederholt ausgesprochen worden ist. Die Deutschen könnten nicht auf die Überzeugung verzichten, daß wir letzten Endes, wenn auch vielleicht erst in fernerer Zukunft, die Befreiung von fremdem Wesen und fremder Herrschaft, die den Kernpunkt deutschnationalen Programms bildet, nur im Anschluß an die bewährte Ueberlieferung unserer Geschichte erreichen können. Diese Rede hat begeisterte Zustimmung gefunden im Reichstage. Nach dem jedoch die offizielle Fassung der Rede verbreitet worden ist, glaubt man in parlamentarischen Kreisen der Rechten, daß diese Rede keine Schwierigkeiten mehr verursachen dürfte.

Nach alledem werden die Besprechungen, die Reichskanzler Marx für den morgigen Tag angelegt hat, doch wohl zu erkennen geben, ob die Etappe Marx anders ausfallen wird als die Etappe Curtius. Sie werden zu zeigen haben, ob das Kabinett der Mitte möglich ist, oder ob die Bemühungen um Schaffung einer tragfähigen Koalition auf eine neue Basis gestellt werden müssen.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Die Stimmung in der Deutschen Volkspartei ist ohne Zweifel einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nicht günstig. Die volksparteiliche Presse trägt das Ihrige zur Entwertung der Krise bei.

Die steht den Bemühungen von Marx offensichtlich ablehnend gegenüber und sucht in der Wählerchaft Stimmung gegen das Zentrum zu machen. Vor allem tut sich die „Kölnische Zeitung“ nach dieser Richtung hin hervor. Die Folge ist, daß aus der Wählerchaft heraus auf die volksparteiliche Reichstagsfraktion ein Druck ausgeübt wird, der sie in ihrer Entscheidungsfreiheit hemmen muß. So hat der Wahlkreis aus der Deutschen Volkspartei Reichstagsfraktion sich am Sonntag mit der Regierungsbildung befaßt und dabei einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß unter keinen Umständen für die Deutsche Volkspartei eine Regierung in Frage komme, die eine offene oder verdeckte Große Koalition darstelle. Auf diese Weise wird durch Druck aus dem Lande eine Regierung der Mitte mit Anlehnung nach links unmöglich zu machen und den Deutschen Nationalen in ihrem Drang zur Macht zu helfen versucht.

Der bayerische Ministerpräsident Held zur Regierungskrise.

!! (Neuhaft a. d. S. 16. Jan. Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei der Platz hielt der bayerische Ministerpräsident Dr. Held eine Rede, in der u. a. ausfuhrte:

Für eine erfolgreiche Außenpolitik sei eine deutsche Regierung notwendig, die auf lange Sicht disponieren könne und auf einer gesicherten Mehrheit beruhe. Man solle daher fragen, welche Parteien bereit seien, ohne parteipolitischen Egoismus und mit dem Blick auf das Ganze an die Lösung der Frage heranzutreten. In diesem Zusammenhang richtete Ministerpräsident Dr. Held einen Appell an alle auf dem Boden des christlichen Staates stehenden Parteien, sich zusammenzuschließen. Insbesondere müßten sich auch alle katholischen Volksteile zusammenfinden. Der Ministerpräsident betonte, daß die Bayerische Volkspartei trenn zum Reich stehe und daß die Länder ohne das Reich nicht existieren können.

Die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik ist die Befestigung der Lage von der Kleinschuld Deutschlands am Weltfrieden, die zweite ist die Herstellung des gegenseitigen Vertrauens. Deutschland ist hierzu bereit, wenn man ihm auf der Gegenseite auch nur mit einem Minimum von Vertrauen entgegenkommt. Der Ministerpräsident dankte dann auf das Gütlichste für die Begrüßung der Deutschen zu sprechen. Die Begrüßung sei kein wirklicher Ausbruch und keine Schiene. Diese könne vielmehr nur in dem Abzug der Befestigung liegen. Dr. Held erklärte weiter: Ich habe Locarno und Gent immer festlich gegenübergestellt, aber nicht abwechselnd, weil auch ich der Meinung bin, daß Deutschland weitere Vorteile dafür liefern muß, daß es ihm bittet ernst ist, die Völker zusammen zu führen.

Zur Ablehnung des Calonder'schen Schiedsspruches.

Die Ablehnung des Calonder'schen Schiedsspruches in der Frage der deutschen Winderheitsfragen durch die polnische Regierung hat in politischen Kreisen Berlins großes Aufsehen erregt. Wenn der Wortlaut der Entscheidung der polnischen Regierung erklärt, die Entscheidung Calonder's stehe im Widerspruch zum Genfer Abkommen, so würde dies eine Präzisierung nicht nur des vom Völkern und bestellten und bisher stets von beiden Seiten für objektiv angesehenen Schiedsrichters Calonder, sondern auch eine Präzisierung des Völkern und selbst durch Völkern darstellten. Entsprechend Artikel 149 des Genfer Abkommens, wonach die Winderheiten sich an den Völkern wenden können, wenn ihre Beschwerden bei den entsprechenden staatlichen Winderheitsämtern nicht den genügenden Erfolg haben, wird der Völkern und sich mit der Angelegenheit befassen müssen.

Eine Rede Loebes in Lodz.

Lodz, 17. Jan. Gestern fand hier die Feier des fünfjährigen Bestehens der deutschen sozialistischen Partei Polens statt, an der auch Reichstagspräsident Loeb teilnahm. Loeb hielt bei dem Fest eine Ansprache, in welcher er u. a. ausfuhrte: Eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland ist nötig. Ist erst einmal die wirtschaftliche Annäherung durchgeführt, so wird auch eine friedliche Annäherung durchgeführt. Die Welt ist nicht mehr auf große Schwierigkeiten gefaßt. Staatsgrenzen sind jedenfalls nicht ewig. Was den polnischen Korridor anbelangt, so muß vor allem darauf geachtet werden, daß sich der Verkehr in ihm frei und ungehindert vollziehen kann.

Das Vorgehen gegen die „Promada“.

Warschau, 17. Jan. Das Vorgehen der polnischen Behörden gegen die deutsch-französische Promada nimmt ihren Fortgang. Gestern wurde in der Nähe von Bialystok der vierte Sejmabgeordnete der Promada, Głowacz, verhaftet. Auch in dem von Weißrussen bewohnten Wojwodschast wurden erneute Verhaftungen vorgenommen.

Eine sozialpolitische Debatte.

Berlin, 17. Januar. Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte die Beratung des Etats für 1927 fort und zwar beim Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Ueber den Etat erklärte Abg. Koch (Soz.) den Bericht: Im Bereiche des Reichsarbeitsministeriums befinden sich u. a. folgende Gesetze in Vorbereitung. Dem Reichstag vorgelegt sind das Angekelltenversicherungsgesetz, der

in Warschau wurde gestern nacht ein Mordanschlag auf eine Bauernfamilie verübt. Vier Personen wurden tot und zwei in hoffnungslosem Zustande ausgefunden. Wahrscheinlich handelt es sich um ein Mord. Die Verfolgung der bisher noch unbekannten Täter ist aufgenommen.

D. f. Jn gab der Insigorgias-Schzeit. Das Schuber, S-D-bur. Es n ein erfreul.h samtwirtung Die Stimmung wozogen, die o verm.eden, u Wort kommen im Plenum. (stimme), gew Drachters, n Schuberzische so köstlich in wozogen ihrer Zugörer bei Wert, von H studiert und n genommen. D Tempo durchs nie R. 2, d besser erreichte spaniele Beis Frau Margos Klobpenden lernten wir ei mit ihrer re: Sopranstimme Schumann um war das „Kor von Cornelius wolle res'los die verständni des Herrn Bo Melodie übern können; die e gesetzt haben. den begeisterte

g. Eltern nachmittag 4 Jugendabteilung Elternabend, schneidigen E Prolog, der i Präses der J Erklärungen, schule, den Re geistlichen Bei tens, den jew der Jungen u wies dann auf hin, besonders über'anden sei oberen Saale r tete er noch d nachmittag zur alttriger Kamer verleben könn über den gute das Interesse, Dann wies H hin, die durch ermöglicht wü vermittlung, G Ausland ufm für Heiterkeit die Spiel'grupp Aufführung d Unt: geschid Leistung, die halt des Stil fanden dann a samkeit und l lichen Lied un von dem gesun nis ablegte, is

8. Arbeit abend am Son starker Zahl e eröffnet durch Hauskapelle. Anwesenden m vorhabens be des Sparsteme messiken und abfolgt werden einer in diese winter, bei be altsichtige Bist im ganzen We ber Durchführ — Was den T ein Dreiwohn Frage kommen 2 Räume enst R. 3. 4. nes Gärten d der Verein sich ung stien. A wurde mitgete Hausinssteuer men finden w Jahres werden Die von Mitl zur S:tschiffr führung des Dann das Vi: und nach ein Diplom-Hande „Die kleinl in gehend von der der Düsselbof erläuterte der Entbedungen d des deutschen H klarer Lichtst nützlich und Gbiet der dur sagen Kranz gehender die b Volksaniedung auf der ande voll den mens vorrichtungen r sobann die Zuk berzelt bedacht Uebertragung

Handel * Wirtschaft * Börse

Die Lage am Baumwollmarkt.

V. D. Springman u. Co. in Liverpool berichten laut Mitteilung der Firma Carl Müller-Hubens in Düsseldorf über den Markt:

Amerikanische Baumwolle.

Während der vergangenen Woche behauptete sich ein fester Ton an den Märkten für ausgedehnte Umsätze, sowohl für loco wie auch für Termingeschäfte. Zwar traten vorübergehend kleine Rückgänge ein, die indessen ihren Grund mehr in Gewinn-Mitmachern aus Käufen hatten als in irgend einem Verkaufsdruck aus Süden. Solche Unterbrechungen des allgemeinen Steigens der Preise sind für die Gesundheit der Märkte nur von Nutzen, wenn Preislägen geschaffen werden sollen, die der Industrie im allgemeinen von Nutzen sein können. Abgesehen von weiteren unangünstigen Nachrichten aus China haben sich keine bauffremdlichen Tatsachen gezeigt. Die auf große Vorräte begründete Bauffeierhaltung hat sich dadurch gestärkt, daß durch die Nachschärfung nach andern Orten und besseren Graden der Beweis dafür erbracht wurde, daß ein künftiger Verkaufsdruck von übermäßigen Quantitäten keineswegs besteht. Bei erneuten günstigen Gaben aus Amerika, größerer Nachfrage von Lancashire und ziemlich guten Nachrichten aus dem Kontinent ist die Marktlage als gesund zu bezeichnen. Man erwartet, daß die Entwürfnisse bis zum 15. Januar entfallen und daß der am 24. d. Mts. fällige Bericht mag sich als ein bauffreundlicher Faktor erweisen. Das größte Quantum der letzten Jahre wurde in 1920/21 in der Zeit vom 12. Dezember bis zum 15. Januar entfallen, als 1.139.000 Ballen entfallen wurden, und weitere 1.256.000 Ballen nach dem 15. Januar. Beide Ziffern sind ausnahmsweise groß. Aber angenommen, daß sich die letzte Saison ähnlich wiederholt, so würde die endgültige Ernte ca. 17,9 Millionen Ballen betragen, mit andern Worten erheblich hinter der letzten offiziellen Schätzung zurückbleiben. Wir behalten unsere günstige Marktmeinung auch bei der billigen Preislage gegenüber den andern führenden Märkten der Welt.

Kongoische Baumwolle.

Obgleich die Nachfrage nach Kongo besser gewesen ist, ist der Markt der Preissteigerung in Amerika nicht gefolgt. Die Verhältnisse liegen aber stetig Märkte vor.

Rundschau.

Die Entwicklung der deutsch-französischen Kohlenbeziehungen.

Aus Luxemburg wurden Meldungen darüber bekannt, daß in Verhandlungen zwischen den französischen Hüt-

Bremen: Baumwolle									
		17. 1.			14. 1.				
	Brief	Geld	bezahlt	Brief	Geld	bezahlt			
Ioio	34,16			14,56					
Januar	13,87	13,83	—	13,78	13,60	—			
März	14,35	14,33	—	14,18	14,14	—	14,16		
Mai	14, 9	14, 58	14, 59	14, 35	14, 34	—			
Juli	15, 01	14, 79	14, 80	14, 56	14, 52	—	14, 56		
Oktober	15, 02	15, 03	15, 02	14, 75	14, 69	—			
November	—	—	—	—	—	—			
Dezember	15, 17	15, 15	15, 16	14, 95	14, 83	—			